

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Verkürzte Arbeitszeit: Verringeretes Wirtschaftswachstum? Wachstumssorgen für die Zukunft?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1964) : Verkürzte Arbeitszeit: Verringeretes Wirtschaftswachstum? Wachstumssorgen für die Zukunft?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 3, pp. 92-98

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133377>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Verkürzte Arbeitszeit -

# Verzerrtes Wirtschaftswachstum?

## Wachstumssorgen für die Zukunft?

Da als Ziel nie etwas anderes als die 40-Stunden-Woche zur Debatte stand, muß es erstaunen, daß jede Stufe, die dorthin führt, immer wieder aufs neue mit den alten Bedenken gepflastert wird. Um so mehr muß es erstaunen, als sich in entscheidend wichtigen Bereichen der Wirtschaft bereits langfristige Stufenprogramme eingebürgert haben.

Am erstaunlichsten aber ist, daß jedem neuen Schritt unter anderem auch mit einem Komplex von Einwänden begegnet wird, die die Erfahrung bereits widerlegt hat. Sie lassen sich allgemein auf die Formel bringen: Arbeitszeitverkürzungen gefährden das Wachstum der Wirtschaft. Betrachten wir diesen Punkt genauer.

### *Falsche Prämissen . . .*

Zunächst wird dabei meist der Arbeitszeittarif mit dem Arbeitszeitpotential verwechselt, das sich für die einzelne Arbeitskraft durch eine Tarifänderung, die besagt, daß die Überstundenvergütung in Zukunft eher einsetzt als bisher, keineswegs verkürzt. Das soll natürlich nicht so verstanden werden, daß generell lediglich die Überstundenvergütung anzuwachsen habe. Überstunden-Leistungen bleiben aber für den einzelnen Betrieb, der unter besonders harten Ausnahmebedingungen steht, eine Möglichkeit des Spitzenausgleichs, wie sie es immer schon waren. Nach den Langsamsten können sich Wirtschafts- und Sozialpolitik niemals richten.

Sodann wird das Arbeitszeitpotential immer noch mit dem der Volkswirtschaft überhaupt zur Verfügung stehenden Potential an menschlicher Arbeit verwechselt, das vorläufig durch Gastarbeit und — wie wohl wünschenswert — Zuwanderung noch

nahezu unbegrenzt ausgedehnt werden kann. Die Welt ist voller Arbeitsloser.

Ferner verwechselt man das Arbeitspotential mit dem volkswirtschaftlichen Produktionspotential, für dessen Expansion in der Bundesrepublik nachweislich seit etwa acht Jahren die Entwicklung des Faktors Anlagekapital von ausschlaggebender Bedeutung war.

Und schließlich hält man in der Regel nur irrtümlich das Produktionspotential der Wirtschaft für die wichtigste Erklärungskomponente der tatsächlich erbrachten Produktionsleistungen. Der Pfad des wirtschaftlichen Wachstums ist jedoch hierzulande schon seit längerem überwiegend nachfragebestimmt.

### *. . . führen zu falschen Schlüssen*

Unter diesen Komplikationen, die der Konstruktion eines simplen Zusammenhangs zwischen Arbeitszeittarif und Produktionsleistung im Wege stehen, haben die beiden ersten nur marginalen, die letzteren dafür überragenden Erklärungswert für den Umstand, daß die bisherigen Arbeitszeitverkürzungen in der Bundesrepublik ohne wesentliche Reibungen bewältigt werden konnten.

Besinnen wir uns auf die Erfahrungen in der Metallverarbeitung, wo bislang am deutlichsten stufenweise vorgegangen wurde. Die 1956/57 wie 1962 anfänglich von vielen Beobachtern gehegten Befürchtungen, die bemerkbare Abschwächung des Produktionswachstums um den Termin der neuen Tarifregelung könne deren Folge —, also auf arbeitszeitbedingte Potentialengpässe zurückzuführen sein, mußten in beiden Fällen bald der nüchternen Beurteilung weichen, daß vielmehr Nachfrage-

störungen die Entwicklung bestimmt hatten. Dies erwiesen alle konjunkturellen Indikatoren wie die Rückläufigkeit der statistischen Reihen der Bestelltätigkeit (die schon vor der Tarifänderung eingesetzt hatte), das Absinken der Auslastungsgrade, der Auftragsbestände und auch die Unternehmermeinungen zur Geschäftslage.

In dem hier betrachteten Zusammenhang ist aber vor allem bedeutsam, daß 1957 wie auch 1962 die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Arbeiter vielfach stärker zurückging, als die tarifliche Arbeitszeit gesenkt worden war. Das heißt: Durch den vereinbarten Lohnausgleich wirkte sich lediglich ein konjunkturell bedingter Rückgang (und sei es auch nur mittels einer Einschränkung der Überstundenleistung) des individuellen Arbeitseinsatzes nicht in vollem Umfang auf die Masseneinkommen aus. Ein Vorteil, sollte man meinen, da die Masseneinkommen in jeder Rezessionsphase zu den wichtigsten Stützen des Wachstums zählen. Man darf daneben noch eine weitere Ursache für die „Milde“ der vergangenen Rezession letztlich der Arbeitszeitverkürzung zuschreiben: Diese begründete erst eigentlich den Rationalisierungsprozeß der westdeutschen Wirtschaft, der bei sich abschwächender Expansionsneigung doch jedenfalls ein hohes Maß an Rationalisierungsinvestitionen aufrechterhielt. Die großen Rationalisierungsschübe erfolgten in den ruhigen Konjunkturphasen und verhalfen der deutschen Exportindustrie zu ihrem Vorsprung von 1959 wie auch wohl zu ihren jüngsten Erfolgen; vor allem übrigens gegenüber denjenigen ausländischen Konkurrenten, die als löbliche Beispiele für eine zurückhaltende Arbeitszeitpolitik gelten.

Es scheint sich auch gerade jetzt — nach den jüngsten Daten — wieder, wie im letzten Aufschwung, zu erweisen, wie unrichtig diejenigen

Auguren die Expansionskraft einer überwiegend kapitalbestimmten Wirtschaft beurteilen, die sich vornehmlich an der Beobachtung des Arbeitspotentials orientieren. Die Industrie jedenfalls hat augenscheinlich — wie damals — wieder keine Mühe, den sprunghaft gestiegenen Anforderungen in Produktion und Absatz zu folgen, obwohl sie zur Zeit sogar in solchen Bereichen mit einer verringerten Zahl von Arbeitskräften auskommt, die bei schon länger kräftigem Produktionswachstum gezwungen waren, Verkürzungen der Arbeitszeittarife hinzunehmen.

#### *Differenzierende Einflüsse auf Preisstruktur und -niveau*

Ist also eine Beziehung zwischen der Entwicklung der tariflichen Arbeitszeit und der Produktionsleistung für hiesige und gegenwärtige Verhältnisse theoretisch kaum, empirisch gar nicht zu belegen, so bleibt die Frage nach den Auswirkungen derartiger Tarifänderungen auf den Produktpreis. Was das Preisniveau angeht, so ist auch hier eine Verknüpfung an Hand empirischer Reihen nicht zu konstruieren. Das kann auch nicht wundernehmen, wenn man bedenkt — was vielfach übersehen wird —, daß die gesamte Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne in der Bundesrepublik nur zu einem kleinen Bruchteil (nicht einmal ein Viertel) auf den Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzungen zurückzuführen ist. Den überwiegenden Anteil daran hatten nach wie vor „autonome“ Lohnerhöhungen. Die Arbeitszeitverkürzungen wurden, für sich betrachtet, stets um ein Vielfaches von den gleichzeitigen Erhöhungen der Stundenproduktivität übertroffen, sie spielen innerhalb der Lohn/Produktivitäts-Problematik statistisch eine so untergeordnete Rolle, daß es nur wenig Sinn hat, gerade sie zum Gegenstand spezieller Preisbefürchtungen zu wählen.

Auf die Preisstruktur dagegen können Arbeitszeitverkürzungen Auswirkungen haben. Es ist nichts Neues, daß Änderungen der Arbeitsbedingungen der Unternehmen in verschiedenen Wirtschafts-

bereichen verschiedene Folgen zeitigen. Nicht alles, was hier gesagt wurde, gilt für jeden Sektor unserer Wirtschaft: Was die Industrie leichter bewältigt, verursacht im Dienstleistungsbereich zuweilen erhebliche Kopfschmerzen. Eine branchenspezifische Arbeitszeitpolitik hat aber — aus guten Gründen — wohl keinen Befürworter mehr. Maßgebend bleibt, ob die volks-

wirtschaftliche Entwicklung insgesamt mit Wachstumserschwerungen zu rechnen hat. Nach Sektoren unterschiedliche Wirkungen zeitigt auch der arbeitszeitunabhängige Lohnanstieg und übrigens auch das Wetter. Marktwirtschaft ist keine Veranstaltung zur Sicherung von Strukturen, weder von Produktions- noch von Beschäftigungs-, Preis- oder Kostenstrukturen. (d. m.)

### Stillstand heißt Rückschritt

Internationale Vergleiche über die Arbeitszeit sind sicher interessant, aber es muß dringend davor gewarnt werden, aus ihnen irgendwelche Schlußfolgerungen über die gegenseitige Wettbewerbsstellung der verglichenen Länder zu ziehen. Die Feststellung etwa, daß die Bundesrepublik in Europa die kürzeste Arbeitszeit habe oder daß die Arbeitszeitverkürzung bei uns in den letzten Jahren schneller als in anderen Ländern erfolgte, sagt nicht mehr, als mit diesen Worten ausgedrückt wurde. Jede weitergehende Interpretation wäre falsch, denn die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft ist von einer ganzen Anzahl von Faktoren abhängig, unter denen die Arbeitszeit eine eher untergeordnete Rolle spielt.

#### *Weitgehend eine Alternativentscheidung . . .*

Die einseitige Betrachtung der Arbeitszeit ist schon deshalb nicht statthaft, weil zwischen Arbeitszeitverkürzungen und Lohn- und Gehaltserhöhungen ein direkter Zusammenhang besteht. Eine Arbeitszeitverkürzung beschneidet die sonst gegebene Möglichkeit zur Erhöhung der Löhne und Gehälter. Für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften handelt es sich darum, unter bestimmten wirtschaftlichen Gegebenheiten, die eine bestimmte Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards gestatten, zwischen einer Erhöhung des materiellen Lebensstandards durch Lohn- und Gehaltssteigerungen oder einer Verlängerung der Freizeit bei gleichbleibendem Lebensstandard zu wählen.

Für die Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist es also sinnvoller, die Lohnkosten und nicht die Arbeitszeit zu vergleichen, wobei allerdings auch ein solcher Vergleich nicht allzuviel aussagt. Es fehlt nämlich dann noch immer die Beziehung zur Produktivität der betreffenden Wirtschaft, und es fehlen auch die anderen Kostenbestandteile, die häufig viel wichtiger als die Lohnkosten sind. Die einfachste und sicherste Methode ist und bleibt ein Blick auf die Zahlen der Außenhandelsbilanz, und diese ergeben bekanntlich — trotz der erreichten Fortschritte in der Arbeitszeitverkürzung und bei den Löhnen und Gehältern — für die Bundesrepublik ein sehr günstiges Bild.

#### *. . . in gewerkschaftlicher Tarifpolitik*

In ihrer tarifpolitischen Praxis haben die deutschen Gewerkschaften in den vergangenen Jahren einen Mittelweg eingeschlagen, indem sie weder die Arbeitszeitverkürzung noch Lohn- und Gehaltserhöhungen einseitig in den Vordergrund stellten. Aber der geschilderte Zusammenhang zwischen beiden Forderungen wird von ihnen prinzipiell anerkannt, und so ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung durchaus so zu verstehen, daß zugunsten einer größeren Freizeit der Arbeitnehmer eine gewisse Verringerung des vielleicht sonst möglichen Wirtschaftswachstums bewußt in Kauf genommen wird.

Das ist ein Standpunkt, der m. E. sehr gut begründet ist. In der modernen industriellen Arbeitswelt

ist die Erhaltung und Regenerierung der menschlichen Arbeitskräfte zu einem zentralen Problem geworden. Besonders die nervlichen Beanspruchungen sind derart gestiegen, daß die Frühinvalidität ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen hat. In dieser Situation kommt es nicht in erster Linie darauf an, kurzfristig hohe und höchste Wachstumsraten zu erzielen, sondern langfristig das wirtschaftliche Wachstum zu sichern. Eine Arbeitszeitregelung, die dem Stand der industriellen Entwicklung entspricht, schafft dafür die Voraussetzungen.

### ***Geringere Wachstumsraten nicht durch verkürzte Arbeitszeiten!***

Eine andere Frage ist es, ob die bisherigen Arbeitszeitverkürzungen in der Bundesrepublik bereits zu einer Verringerung des Wachstums geführt haben und welche wirtschaftlichen Auswirkungen die Fortführung der Arbeitszeitverkürzung bis zur 40-Stunden-Woche wahrscheinlich haben wird. Für die Vergangenheit ist ein Einfluß der Arbeitszeitverkürzung auf das Wirtschaftswachstum kaum festzustellen. Die Veränderungen in den jährlichen Wachstumsraten sind ganz offensichtlich in erster Linie auf Konjunkturfleusse und nicht auf die Arbeitszeitverkürzung zurückzuführen.

Für die Metallindustrie, in der am 1. 1. 1964 die tarifliche Arbeitszeit bereits auf 41¼ Stunden verkürzt wurde, liegt eine Untersuchung der IG Metall vor, aus der hervorgeht, daß eine Beziehung zwischen den einzelnen Stufen der Arbeitszeitverkürzung und den Zuwachsraten sowohl der Produktion als auch der Beschäftigung nicht erkennbar ist. In den Jahren von 1956 bis 1963, in denen die Arbeitszeit um insgesamt 5½ Stunden verkürzt wurde, betrug die jährliche Produktionssteigerung 7,8 %, 1963 betrug sie 1,2 %, obwohl in diesem Jahr die Arbeitszeit nicht verkürzt wurde. Auf die Entwicklung der Produktivität dagegen hat sich die Arbeitszeitverkürzung deutlich positiv ausgewirkt. Die IG Metall schätzt den zusätzlichen Produkti-

vitätsanstieg als Folge der Arbeitszeitverkürzung auf ½ bis 1 % jährlich.

Zu ähnlichen Ergebnissen ist auch die im Auftrage des Bundeswirtschaftsministeriums von den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten ausgeführte Untersuchung über „Arbeitszeit und Produktivität“ gekommen. Der gesamtwirtschaftliche Effekt der Arbeitszeitverkürzung wird dort sogar sehr günstig beurteilt, insbesondere habe sie eine veränderte Haltung der Unternehmer zum technischen Fortschritt bewirkt und dadurch zweifellos die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik beschleunigt.

### ***Keine unlösbare Aufgabe***

Auch wenn man mit Recht unterstellt, daß in den zurückliegenden Jahren manche Produktivitätsreserve mobilisiert werden konnte, die heute nicht mehr zur Verfügung steht, daß der Arbeitsmarkt heute leerer ist und auch der Zustrom von Gastarbeitern dünner wird, sind diese Hinweise trotzdem nicht ausreichend, um als ernsthafte Argumente gegen weitere Arbeitszeitverkürzungen akzeptiert zu werden. In der Metallindustrie, die den Anstoß zu dieser Entwicklung ge-

geben hat, wird nach den abgeschlossenen Verträgen am 1. Juli 1965 die 40-Stunden-Woche eingeführt werden. In diesem Bereich hat der Übergang von der 48- zur 40-Stunden-Woche dann neun Jahre gedauert. In anderen Industrie- und Wirtschaftsbereichen handelt es sich um ähnliche oder noch längere Zeiträume.

Angesichts der schnellen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in unserem Zeitalter ist es keine unlösbare Aufgabe, den stufenweisen Übergang auf die 40-Stunden-Woche in dem bisherigen Tempo ohne ernsthafte Störungen des Wirtschaftsablaufs zu vollziehen, wenn alle Beteiligten sich einig sind, daß die Aufgabe gelöst werden muß. Wie jeder soziale Fortschritt bewirkt auch die Arbeitszeitverkürzung natürlich Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, was sich darin ausdrückt, daß sie bestimmten Wirtschafts- und Industriebereichen leichter fällt als anderen. Aber Rücksichtnahme auf den Schwächsten heißt Stillstand, und Stillstand ist heute Rückschritt, ganz besonders bei der Arbeitszeit, die dem Stand der industriellen Entwicklung entsprechen muß, wenn das Wirtschaftswachstum langfristig erhalten bleiben soll. (K. H. F.)

## **Verkürzung und Kontraktion der Arbeitszeit**

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein legitimes Objekt der Tarifverhandlungen, ebenso wie andere Arbeitsbedingungen und der Lohn. Inzwischen ist daraus in einer Überbewertung der Vorgänge ein Schlagwort geworden, mit dem sich die Besorgnis um eine vernünftige Verwendung der gewonnenen Freizeit und Befürchtungen verbinden, es könnten unkontrollierte und unerwünschte Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen eintreten.

In den Arbeitskräftebewegungen zwischen den Bereichen zeigt sich deren unterschiedliche Arbeitsintensität und das Erfordernis einer zeitbestimmten Leistungsbereitschaft (etwa bei Dienstleistungen). Ihr Ergebnis sind die Bevorzugung

der Industrie bei der Berufs- und Arbeitsplatzwahl und die erhöhte Knappheit der Arbeitskräfte in den anderen Bereichen. Grund hierfür ist aber nicht nur die Verkürzung, sondern vor allem die Kontraktion der Arbeitszeit (Fünf-Tage-Woche). Sie brachte für die meisten Branchen die zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung gesuchte Kostenersparnis und ist indirekt deren Folge. Immerhin war so die Deckung von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen am leichtesten zu erreichen.

### ***Tatsächliche und tarifliche Arbeitszeit***

Von dieser Besonderheit abgesehen steht die Arbeitszeitverkürzung in der bisherigen Tarifent-

wicklung als gleichrangiger Vorgang neben der Lohnerhöhung, jedenfalls wenn sie bei vollem Lohnausgleich — und darauf zielen die Forderungen — erfolgt. In bezug auf die honorierte Leistung ist sie eindeutig als indirekte Lohnerhöhung zu klassifizieren.

Keineswegs muß mit der Verkürzung der tariflichen aber auch eine Senkung der tatsächlichen Arbeitszeit verbunden sein; denn vermehrte Überstunden und Sonderleistungen können — zwar mit erhöhten Kosten — den alten Zustand längere Zeit erhalten. Das ist bei allen zeitlichen und regionalen wie internationalen Vergleichen zu beachten, ebenso wie die unterschiedliche Beteiligung von Halbtags- und Aushilfskräften, die oft in die Durchschnittswerte eingerechnet sind. Ihr gesteigerter Einsatz ist die Folge der allgemeinen Ausdehnung der Beschäftigung, die durch die Arbeitszeitverkürzung noch forciert wurde.

#### **So oder so: Kostensteigerung!**

Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen stellen volkswirtschaftlich wie betriebswirtschaftlich unterschiedliche Vorgänge dar, die sich jedoch in ihren Endresultaten weitgehend decken. Sie führen in jedem Fall zu Kostensteigerungen und zu allen daraus folgenden Wirtschaftsbewegungen wie Ertragsschmälerung, Preissteigerung und verminderter Wettbewerbstüchtigkeit, die wiederum entsprechende Reaktionen der Unternehmer hervorrufen. Beide Vorgänge können also Absatzstockungen, Exportrückgänge und schließlich Stagnationstendenzen veranlassen oder bei entsprechender Ausgangssituation verstärkte Rationalisierung, erhöhte Verbrauchernachfrage und steigende Unternehmererwartun-

gen. Daher kann die empirische Analyse unserer Nachkriegswirtschaft die speziellen Wirkungen der Arbeitszeitverkürzungen und der Lohnerhöhungen nicht trennen, zumal beide Ereignisse von dem zwar ungleichmäßigen, aber stetigen Wirtschaftswachstum überdeckt sind.

Demnach können Preissteigerungen, Exportgefährdung und besonders eine Verzögerung des Wirtschaftswachstums weder ausschließlich noch anteilig der Arbeitszeitverkürzung angelastet werden, deren Umfang übrigens (als indirekte Lohnerhöhung gerechnet) weit hinter den tariflichen Lohnerhöhungen zurückbleibt. Eine Verkürzung von 45 auf 42 Wochenstunden bedeutet eine Erhöhung der Lohnkosten für die tarifliche Arbeitszeit je Leistungseinheit um 7%; sie mag etwa 10% ausmachen, wenn die Ausfälle ausschließlich durch Überstunden ausgeglichen werden. Solche grobe Berechnung kann freilich für den Ausgleich durch zusätzliche Investitionen nicht angestellt werden, weil dabei im allgemeinen auch noch andere Investitionsvorhaben verwirklicht werden.

#### **Ausgleich durch Rationalisierung . . .**

Es ist nicht zu verkennen, daß den Arbeitgebern zeitweise eine Arbeitszeitverkürzung günstiger erscheint als eine entsprechende Lohnerhöhung. Das ist z. B. in einer Rationalisierungswelle der Fall, bei der Arbeitseinsparungen zu erwarten sind. Der Ausgleich der „technologischen Arbeitslosigkeit“ durch Arbeitszeitverkürzung erleichtert den Betrieben die Umstellung auf neue Produktionsverfahren; er verzögert aber gleichzeitig die Umsetzung der Arbeitskräfte auf an-

dere Bereiche, was innerhalb einer Beschäftigungskonjunktur zu Schwierigkeiten führen kann.

Damit ist bereits ein Weg zum Ausgleich beschrieben: Veränderung der Faktorkombination durch höhere (und arbeitsparende) Investitionen. Diese Konsequenz steigert die Investitionsbereitschaft und die Kapitalnachfrage, sie treibt die Rationalisierung der Wirtschaft voran, ohne das Beschäftigungsvolumen zu gefährden. In Zeiten der Anspannung des Arbeitsmarktes wird dieser Weg und verschiedentlich auch die Arbeitszeitverkürzung einer Lohnerhöhung vorzuziehen sein, wenn die Investitionsmöglichkeiten günstig beurteilt werden.

#### **. . . und durch zusätzliche Beschäftigung**

Der andere Weg, Arbeitszeitverkürzungen auszugleichen, bietet sich in der Erweiterung der Beschäftigung durch die Anwerbung der bisher nicht erwerbstätigen oder nur mit geringen Erträgen tätigen Bevölkerungsteile. Derartige Reserven bestehen heute nur noch begrenzt (z. B. in Fördergebieten, in der leistungsschwachen Landwirtschaft), zum Teil können sie nur durch besondere Maßnahmen (Halbtagsarbeit, Umsiedlung, Zweigwerke usw.) angeworben werden. Zweifellos wird dieser Weg während der Unterbeschäftigung bevorzugt werden, zumal wirtschaftsbelebende Auswirkungen davon zu erwarten sind.

Eine gewerkschaftliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung hat daher in solchen Situationen ihre besondere Berechtigung. Gleichzeitig dürfte sie von den Betrieben dann auch leichter zu verwirklichen sein als unter anderen Voraussetzungen.

# VEREINSBANK IN HAMBURG

## ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061  
35 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

## **Sozialpolitische Probleme**

Bei Vollbeschäftigung ist dieser Weg allerdings nicht gangbar, da zusätzliche Arbeitskräfte gar nicht oder nur gegen höhere Löhne oder unter besonderen Arbeitsbedingungen angeworben werden können. Daher gewinnt für die gegenwärtige Situation unserer Wirtschaft die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch erhöhten Kapitaleinsatz starkes Gewicht. Die wachsende Bedeutung des Kapitals in der Wirtschaft muß aber sozialpolitischen Bedenken begegnen, denn gleichzeitig sinkt dabei dauernd der Anteil der Arbeitseinkommen am Sozialprodukt, um dessen Steigerung sich die Gewerkschaften ständig bemühen. Allerdings muß das Interesse der Gewerkschaften deshalb keineswegs nur auf Lohnerhöhungen gerichtet sein, weil auch die kapitalintensive Wirtschaft immer auf die menschliche Arbeitsleistung angewiesen bleibt. Andererseits werden von den Arbeitnehmern bei allgemein ansteigenden Preisen die Lohnerhöhungen einer weiteren Arbeitszeitverkürzung vorgezogen werden.

In der Beurteilung der Betriebe sind Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zunächst kostensteigernde Vorgänge, die eine Ertragsschmälerung herbeiführen, die entweder als Abbau der Gewinne hingenommen, durch Preiserhöhungen fortgewälzt oder durch andere Produktionskombinationen (Kostenumschichtung) aufgefangen werden können. Bei der Arbeitszeitverkürzung führt der Weg der Rationalisierung zur Kostenumschichtung, die aus dem steigenden Kapitaleinsatz resultiert. Steigender Kapitaleinsatz bindet die Betriebe langfristig und vermindert ihre Anpassungsfähigkeit an Wirtschaftsschwankungen. Das Interesse des Betriebes wird daher die Arbeitszeitverkürzung nur dann vorziehen, wenn eindeutige Rationalisierungschancen bestehen.

### **Wachstum trotz verkürzter Arbeitszeit**

Das Wirtschaftswachstum wird von Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen grundsätzlich nicht unterschiedlich beeinflusst. Beide

Vorgänge erhöhen die Produktionskosten und führen auf die Dauer zu höheren Absatzpreisen. Unterschiede zwischen beiden Vorgängen bestehen aber hinsichtlich der Reihenfolge der Anreize, die von ihnen ausgehen, so daß es auf die aktuelle Wirtschaftslage ankommt, in der zwischen den beiden Möglichkeiten gewählt werden soll.

Arbeitszeitverkürzungen lösen Beschäftigungserweiterungen oder Rationalisierungsinvestitionen aus, wenn ihre Folgen nicht in einem

Produktions- oder Ertragsrückgang ausgeglichen werden. Nur in dieser letzten, gegenwärtig kaum wahrscheinlichen Möglichkeit besteht eine direkte Verbindung zwischen Arbeitszeitverkürzung und Rückgang des Wirtschaftswachstums. Zwar kann ein derartiger Rückgang über Kostensteigerungen und Absatzstokungen die indirekte Folge der von einer Arbeitszeitverkürzung ausgelösten Vorgänge sein, sicherlich aber nicht stärker, als es von Lohnerhöhungen zu erwarten ist. (Sto.)

## **Aus der Gesamtschau**

Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit ist von 1956 bis heute um rund 15% zurückgegangen. Das Brutto-sozialprodukt hat sich in der gleichen Zeit real um etwa 50% erhöht. Um wieviel mehr wäre es gewachsen, wenn die Arbeitszeit gleichgeblieben wäre? Man ist in der Tat versucht, diese Fragestellung in die Form des schlichten Dreisatzes zu kleiden. Indessen: Die wirtschaftlichen Zusammenhänge sind ungleich viel komplizierter, und vor allem, sie lassen sich nicht quantifizieren. Doch verweilen wir noch einen Augenblick bei der Statistik, um Größenordnungen abzumessen und Akzente zu setzen.

### **Arbeitskostenerhöhung . . .**

Vor 1956, als die erste große Arbeitszeitverkürzungswelle einsetzte, wurde in der Bundesrepublik noch 47 bis 48 Stunden gearbeitet. Dann ging die Wochenarbeitszeit stufenweise zurück, und zwar in dem Maße, wie die inzwischen vollbeschäftigte Wirtschaft an die Kapazitätsgrenzen stieß und sich eine zunehmende „angina laboris“ bemerkbar machte. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit betrug 1963 etwas über 40 Stunden, während die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden bei etwa 45 Stunden verharrte. Die Arbeitszeitverkürzung stellt also in erster Linie — durch den Lohnausgleich — eine direkte Arbeitskostenerhöhung dar.

Das effektive Arbeitsstunden-defizit konnte zunächst überbrückt werden, einmal durch Überstunden,

besonders in Zeiten erhöhter wirtschaftlicher Aktivität, wie z. B. 1960, vor allem aber wurden mehr Menschen in den Produktionsprozeß eingegliedert. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich von 1956 bis 1963 um 8 bis 9%. Zunächst konnte man noch auf Flüchtlinge aus der SBZ zurückgreifen. Als diese Quelle nach dem Bau der Berliner Mauer versiegte, wurden mehr ausländische Arbeitskräfte angeworben. Sie brachten den Unternehmen zusätzliche Belastungen, denn die meist ungelerten Kräfte mußten ausgebildet werden. Man hatte für ihre Unterbringung, Freizeitgestaltung und Verständigkeit zu sorgen — kurz: umfangreiche zusätzliche finanzielle Belastungen auf sich zu nehmen.

Ähnliches gilt auch für die Erschließung heimischer Arbeitskräfte-reserven — von der Teilzeitbeschäftigung bis hin zu den unschönen Randerscheinungen des ausgelaugten Arbeitsmarktes, wie z. B. das gegenseitige Abwerben der Arbeitskräfte. Alles bedeutete eine direkte oder indirekte Arbeitskostenerhöhung für die Unternehmen als Folge der durch die Arbeitszeitverkürzung verschärften Arbeitskräfteknappheit.

### **. . . erzwingt Substitution des Faktors Arbeit**

Zweifellos hat die zunehmende Verengung des Arbeitsmarktes mit ihrer Tendenz zur Arbeitskostenerhöhung den Willen der Unternehmen gestärkt, Arbeitskraft durch

Maschinenkraft zu ersetzen. Seit 1956 haben sich die Bruttoanlageinvestitionen — zu konstanten Preisen gerechnet — um 66 % erhöht, ein stolzer Prozentsatz, und doch muß man sich fragen, ob diese Investitionssteigerung ausgereicht hat, ob sie nicht vielleicht hätte größer sein können und müssen. Dabei gilt es zu beachten, daß es sich bei Neuinvestitionen, wenn sie dem technischen Fortschritt Rechnung tragen sollten, um höchst qualifizierte Apparaturen, d. h. um wesentlich teurere Einheiten handelte als vordem. Die finanziellen Anforderungen an den Investitionsfonds wurden auf diesem Grunde laufend größer.

Umgekehrt waren aber gerade die sie speisenden Gewinne von den Arbeitskosten her einem zunehmenden Druck ausgesetzt, der die Realisierungschancen an sich nötiger und wohl auch beabsichtigter Investitionen minderte. Das ist in der Statistik deutlich abzulesen: In Perioden mit besonders ausgeprägten Lohnbewegungen nach oben fiel die reale Investitionsrate merklich ab. Das gilt für die Jahre 1957/58 ebenso wie für die beiden letzten Jahre.

#### **Verteilungspolitische Wachstumsaspekte**

Die in diesen Jahren sichtbar werdende Scherenentwicklung zwischen Lohn- und Investitionskurve wurde nun dadurch verstärkt, daß ein Ausweichen in die Preise im erforderlichen Maße nicht möglich war. Dafür sorgte einmal eine auf Preisstabilität um jeden Preis abzielende Wirtschaftspolitik. Zum anderen ist sie Folge eines der Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung eigenen „built-in“-Dämpfers auf die Nachfrage. Mehr Freizeit kombiniert mit mehr Lohn drängt nämlich die Massenkaufkraft in andere Verwendungen. Es

wird mehr gespart, gereist, und es werden mehr Dienstleistungen aller Art konsumiert, d. h. im Verhältnis weniger Sachgüter gekauft als vordem. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die nahezu 900 000 ausländischen Arbeitskräfte, die in der Bundesrepublik nur wenig mehr als das zur Erhaltung ihres Existenzminimums Erforderliche ausgeben und den größeren Teil ihrer hier erworbenen Einkommen in ihre Heimatländer transferieren. Das durch die Investitionstätigkeit — Rationalisierungsinvestitionen gehen meist Hand in Hand mit Erweiterungsinvestitionen — vergrößerte Warenangebot steht einer nicht entsprechend wachsenden Käufernachfrage gegenüber. Die Kapazitäten sind teilweise nicht voll ausgelastet, was wiederum die Stückkosten erhöht. Alles dies drückt auf die Preise, steigert die Kosten und mindert die Gewinne mit allen Konsequenzen für die Investitionen.

Der Teufelskreis schließt sich: Arbeitszeitverkürzung ist zum Teil

zu verkraften, wenn das Angebot an Arbeitskräften noch über Reserven verfügt. Sobald diese erschöpft sind, schlägt die „Mengenkonjunktur“ in eine „Kostenkonjunktur“ um. Eine Kompensation der verteuerten Arbeitskraft ist aber nur im Rahmen des beim „profit squeezing“ Möglichen gegeben.

Auf Grund der Erfahrungen aus den letzten Jahren wird man vielleicht sagen dürfen: Verliefen Arbeitszeit- und damit Arbeitskostenentwicklung weniger stürmisch und würde von dieser Seite her eine gleichmäßige und gute Gewinnentwicklung und damit eine stetige Investitionspolitik ermöglicht, dann wären wichtige Voraussetzungen für ein kräftiges Produktionswachstum gegeben — ein Produktionswachstum, das den Lebensstandard für alle hebt und nicht in erster Linie den der am Produktionsprozeß unmittelbar Beteiligten. Insofern spielt die Frage nach dem Wachstumseffekt der Arbeitszeitverkürzung auch in die Sphäre der Verteilungspolitik mit hinein. (-ss-)

### **Nicht zuletzt ein Verteilungsproblem**

Scharfe Attacken werden gegenwärtig wieder gegen die Arbeitszeitverkürzung geritten — zu Recht? Die Verkürzungen der Arbeitszeit in den vergangenen Jahren sind wohl kaum nachweisbar für gesamtwirtschaftliche Schäden verantwortlich zu machen. Ein Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung ist Beweis genug!

Ein ungetrübter Blick auf die Zukunft sollte jedoch zumindest nachdenklich stimmen. Das Stufenabkommen der Metallindustrie, in deren wirtschaftspolitischen Windschatten stets die anderen Wirtschaftsbereiche segeln, sieht vor, daß schon am 1. Juli 1965 in allen

ihren Tarifbereichen die tarifliche 40-Stunden-Woche erreicht werden soll. Erreicht ohne gesamtwirtschaftliche Schäden?

#### *Theorie . . .*

Das Sozialprodukt kann nur, abgesehen einmal von sämtlichen produktivitätsfördernden Faktoren und Faktorkombinationen, im gleichen Verhältnis mit der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wachsen. Dieser Hinweis auf eine Binsenwahrheit ist deswegen angebracht, da sich der Verdacht auf Grund der sorglosen Bemühungen um eine Herabsetzung der Arbeitszeit verdichtet, daß die Verantwortlichen,

*Dujardin* . . . IMMER



UND ÜBERALL

und das sind letztlich auch die Arbeitnehmer, diese Zusammenhänge zumindest negieren.

Arbeitszeitverkürzungen oder aber, was dasselbe ist, Lohn- und Gehaltssteigerungen haben jede für sich oder gemeinsam ihre Grenzen im Produktivitätszuwachs. Ist der Produktivitätsspielraum durch Lohn-erhöhungen ausgeschöpft, so verbieten sich Arbeitszeitverkürzungen und vice versa.

Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen unterliegen also — cum grano salis — den gleichen ökonomischen Erfordernissen. Der „materiell sichtbaren“ Entlohnung steht die „immateriell unsichtbare“ gegenüber, wobei auf die eminent wichtigen sozial- und gesundheitspolitischen Aspekte der letzteren nur hingewiesen werden kann. Es stellt sich ökonomisch das gleiche Problem: Die Verteilung des Sozialprodukts im Rahmen des realen Zuwachses, die Aufteilung des Produktivitätszuwachses im Wirtschaftswachstum!

### ... und Wirklichkeit

Arbeitszeitverkürzungen unter den eingangs gemachten Prämissen bedeuten sinkende Produktion auf Grund eines niedrigeren Angebots an Arbeit. Nun ist aber diese Annahme unreal, denn der Unternehmer wird versuchen — in Anlehnung an die wirtschaftliche Realität wird von einem hohen Vollbeschäftigungsgrad ausgegangen —, verlorene Arbeitszeit durch höheren Kapitaleinsatz zu substituieren. Gelingt ihm dies, so beruht der Erfolg eindeutig auf seiner Leistung, und ein möglicherweise anfallender Produktivitätsgewinn stände ihm zu.

Führt jedoch die Arbeitszeitverkürzung auf Grund der Regeneration der Arbeitskräfte zu einer höheren „reinen“ Arbeitsproduktivität, so ist die durch Produktivitätszuwachs erzielbare höhere Entlohnung für die Arbeitnehmer vorzunehmen. Nun ist jedoch diese „klinisch“ reine Trennung des Produktivitätszuwachses für den Faktor Arbeit und den Faktor Kapital nicht durchführbar (kompliziert wird sie außerdem noch durch den

synchron laufenden Prozeß des technischen Fortschritts) — und daran krankt die gesamte Verteilungstheorie und -politik, auch wenn mit mehr oder weniger überzeugenden Argumenten die eine oder andere Seite der Sozialpartner glauben machen will, daß ihr Standpunkt nicht nur sozial gerechtfertigt, sondern überdies auch noch theoretisch und empirisch beweisbar ist. Interessenpolitische Gesichtspunkte lassen sich auch hier selten verleugnen!

### „Ausgleichende Gerechtigkeit“?

Noch diffiziler wird das Problem, wenn man die sektoralen Ungleichgewichte hinsichtlich der Arbeitsintensität näher betrachtet.

Die Absicht einer Orientierung arbeitsintensiver Wirtschaftszweige in ihrem Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung — und hier wird die Parallele zu geforderten Lohnerhöhungen besonders deutlich — an kapitalintensiven Sektoren muß zwangsläufig den gesamtwirtschaftlich denkenden Geist verblüffen. In den auf Arbeitskraft angewiesenen Bereichen (weitgehend z. B. tertiärer Sektor) sind der Substitutionsgrad der Arbeit durch Kapital und die Ausnutzungsmöglichkeit des technischen Fortschritts relativ gering. Eine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung im gleichen Ausmaß, wie kapitalintensive Bereiche es sich leisten können, übersteigt daher in der Regel den durch Rationalisierungsinvestitionen erreichbaren Produktivitätszuwachs.

Auf der anderen Seite kann diese Forderung einen Zwang zu Rationalisierungsinvestitionen auslösen, der zur Knute für den gesamten Bereich werden kann, denn man geht allzu leicht von falschen Gewinnerwartungen aus: Unüberlegte Arbeitszeitverkürzung führt zu übereilter Mechanisierung, diese zu Fehlinvestitionen, die ihrerseits die Krisenanfälligkeit erhöhen. Arbeitszeitverkürzungen müssen sich demnach — um die Volkswirtschaft vor schwer überwindbaren Schäden zu bewahren — im Gleichschritt mit wirtschaftlich möglichen Rationalisierungsinvestitionen bewegen. Es muß jedoch darauf hin-

gewiesen werden, daß die Arbeitszeitverkürzung zu einem nicht geringen Teil auch die dankenswerte Funktion eines „Initialzünders“ für die Nutzung des technischen Fortschritts ausübt. Nur scheint verteilungspolitisch schwer entscheidbar, wem die materielle Entlohnung des so erzielten Produktivitätsgewinns gebührt.

Doch auch in weitgehend automatisierten Bereichen, die durch eine hohe Kapitalintensität gekennzeichnet sind, kann der Arbeitszeitverkürzung eine enge Grenze gesetzt werden. Bestimmte hochqualifizierte Industriezweige (chemische Industrie) kommen trotz automatisierter Anlagen ohne menschliche Arbeitskraft nicht aus.

Ein letzter, mehr sozialpolitischer Aspekt soll nicht unerwähnt bleiben. Ein voreiliger Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung kann sich zum Nachteil der Unterstützungs- und Rentenempfänger auswirken. Er verlangt nach einer einseitigen Inanspruchnahme des wirtschaftlichen Fortschritts durch eine privilegierte Gruppe und beeinträchtigt eine „gerechte“ und gleichmäßige Verteilung des Sozialprodukts an alle.

### „Programmierende“ Gespräche der Sozialpartner

Die Arbeitszeitverkürzung ist unter Beachtung des Vorgesagten aus sozialpolitischen und ökonomischen Gründen wünschens- und erstrebenswert, denn sie ist — überlegt praktiziert — Barometer für eine Wirtschaftsentwicklung im hochtechnisierten Wachstum, das allen in unserer hektischen Welt eine persönliche Freiheit verspricht, die jedoch sinnvoll ausgestaltet werden muß, und alle Chancen eines wirtschaftlichen Wohlstandes eröffnet.

Sie verlangt aber ein „programmierendes“ Gespräch zwischen den Sozialpartnern, wobei man dem Begriff Programmierung nicht mit sinnlosen und dogmatisch gefärbten Vorurteilen begegnen soll. Denn wie anders als programmierend ist das erfolgreiche und in sachlicher Atmosphäre verlaufene Gespräch der Sozialpartner im vergangenen Jahr aufzufassen? (sl)